

22.03.2010

## **Rede zur Einführung ins Amt der Beauftragten des Landes Brandenburg für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur**

Danke für die ermutigenden Worte und die Angebote zur Unterstützung! Unterstützung werde ich brauchen. Nur mit entschlossenen Mitstreitern werde ich, werden wir etwas bewirken können. In Bürgerinitiativen, Gedenkstätten, in Opferverbänden, der BStU-Außenstelle und in der Landeszentrale für politische Bildung habe ich in meiner bisher kurzen Amtszeit schon einige Verbündete kennenlernen dürfen, und viele von ihnen sind ja auch heute hier.

Auch seitens der Politik wurde mir bisher in unerwartet hohem Maß Wohlwollen zuteil, von allen Fraktionen, vom Landtagspräsidenten, vom Ministerpräsidenten, vom Bildungsministerium, von den jeweiligen Verwaltungen. Ich möchte mich bei der Gelegenheit für die gute Aufnahme und die damit optimalen Startbedingungen bedanken. Das zu betonen ist mir auch deshalb wichtig, weil damit deutlich wurde, dass die Einrichtung des Amtes eines Landesbeauftragten nicht als Alibi, nicht als Feigenblatt gedacht ist, wie manche vermuteten, sondern ernst gemeint und politisch wirklich gewollt ist. Die Brandenburgische Politik ist entschlossen, sich offen und kritisch der Diktaturaufarbeitung zu stellen, auch wenn es schmerzt, auch wenn manche Brandenburger die Vergangenheit lieber unter dem Deckel halten würden. In den letzten Monaten hat sich gezeigt, wie intensiv die Vergangenheit noch in die Tagespolitik einwirken kann.

Ein zuweilen gegen den Vergangenheitsdiskurs vorgebrachtes Argument ist dessen „Instrumentalisierung“ für die aktuelle Parteienpolitik. Aber die Auseinandersetzung mit der Geschichte geschieht nun mal nicht in einem wertfreien Raum. Sie ist immer von Absichten und Interessen geprägt. Die Zeitgeschichte allemal. Die Betroffenen, die Verantwortlichen, die Zeugen, die Leidtragenden leben noch und machen ihre Interessen geltend, bestimmen die öffentliche Meinung mit. Das ist ihr gutes Recht. Und es ist auch eine gute Chance. Sie können noch von den Angehörigen der nachfolgenden Generation befragt werden. Aus dem Spektrum dieser subjektiven Einzelgeschichten und der zeithistorischen Forschung formt sich allmählich das Gesamtbild, das historische Gedächtnis. 20 Jahre sind dafür noch keine lange Zeit.

Aber wir stehen ja nicht nur vor der Frage, wie die DDR-Geschichte zu interpretieren und einzuordnen ist, sondern - und das betrifft in besonderem Maße meine Tätigkeit in den nächsten Jahren – wir stehen auch vor der Frage, wie wir mit den Folgen von mehr als 40 Jahren SED-Diktatur umgehen. Den Herausforderungen, die materiellen Folgen von maroder Industrie, technologischem Rückstand, heruntergekommenen Bausubstanz, vernachlässigter Infrastruktur und ökologischem Raubbau zu beseitigen, hat sich Brandenburg seit 20 Jahren mit viel Kraftaufwand gestellt und scheint weiterhin auf gutem Weg zu sein.

Aber was ist mit den mentalen Prägungen? Haben wir uns im Land Brandenburg hinreichend mit den von der Diktatur geprägten Weltbildern auseinandergesetzt? Was geben wir unseren Kindern an Werten weiter von Menschenrecht und Menschenwürde, von Freiheit und Selbstbestimmung? Die Brandenburgischen Schüler wissen wenig über die DDR-Geschichte, so lautet eine vielfache Klage. Sicher ist der Wissensstand von Schule zu Schule unterschiedlich. Auf jeden Fall aber sollte mehr unternommen werden, um der nächsten Generation den Kontrast zur für sie allzu selbstverständlichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufzuzeigen. Wenn sie schon mit einem T-Shirt rumlaufen, auf dem das DDR-Emblem prangt, sollten sie wenigstens wissen, dass sie zu Diktaturzeiten mit einem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ bestraft worden wären. Sie sollten eine Ahnung davon bekommen, was es bedeutet, wenn einem der Staat vorschreibt, was man aussprechen, lesen und wohin man reisen darf. Und sie sollten wissen, dass Freiheit nichts Selbstverständliches ist, sondern ein fragiles Gut, das mit Anstrengungen und unter Opfern errungen

wurde. Hier hoffe ich auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Schulen, dem MBS, dem LISUM, mit Gedenkstätten und anderen Einrichtungen.

Welche Wertschätzung Freiheit und Demokratie in Politik und Gesellschaft erfahren, lässt sich auch daran messen, wie mit den ehemals Verfolgten und Widerständigen gegen die Diktatur umgegangen wird. Viele, die in den Jahren von 1945 bis 1989 für ihr Aufbegehren oder aus Willkür vom SED-Staat politisch verfolgt wurden, leiden noch heute an den Folgen. Zu unseren wichtigsten Aufgaben gehört, diese Menschen zu beraten und ihnen behilflich zu sein, ihre Ansprüche auf Rehabilitierung und Entschädigung durchzusetzen.

Gemeinsam mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Länder, den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen werden wir uns dafür einsetzen, dass die entsprechenden gesetzlichen Regelungen weiter verbessert werden. In den vergangenen Jahren ist bereits Einiges erreicht worden.

Wir werden uns allerdings solange nicht zufrieden geben, wie Betroffene in langwierigen, oft demütigenden Verfahren um Rehabilitierung und Anerkennung ihrer verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden kämpfen müssen, einzelne Verfolgtengruppen ausgegrenzt sind und Ausgleichsleistungen nur unzureichend gewährt werden oder gänzlich fehlen.

In den wenigen Arbeitswochen der Behörde konnten wir bereits erfahren, dass die Hürden für eine Rehabilitierung von beruflich Verfolgten, von Opfern von „Zersetzungsmaßnahmen“ der Staatssicherheit und sogenannten „Umerziehungsmaßnahmen“ in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe sehr hoch sind. Die Betroffenen können zumeist nicht genug Beweise vorlegen. Gemeinsam mit erfahrenen Kooperationspartnern werden wir nach Möglichkeiten geeigneter Betreuung suchen.

Manche, deren Unrechtserfahrungen bis heute nachwirken, sind erbittert darüber, dass die ehemaligen Verantwortlichen des SED-Regimes oder deren Helfer heute wieder Politik mitbestimmen dürfen. Es ist für unsere politische Kultur wichtig, diese Stimmen zu hören und darüber zu diskutieren, auch wenn manche Töne dabei unversöhnlich klingen. Aber Versöhnung leitet sich biblisch von Sühne her, bedarf daher der Vorleistung durch jene, die Schuld auf sich geladen haben. Diese sind also erst einmal in der Pflicht, sich zu ihrer Vergangenheit zu verhalten, Schuld abzutragen. In einem demokratischen Gemeinwesen können die Wähler entscheiden, ob sie dem einen oder anderen früheren Systemträger das Mandat erteilen wollen.

Ich würde jedem das Recht zugestehen, über seine Vergangenheit zu schweigen. Aber wer in die Politik gehen will, braucht das Vertrauen der Wähler. Wer sich für eine politische Karriere entscheidet, muss bereit sein, über seine politische Vergangenheit Auskunft zu geben. Das tun allerdings nicht alle Politiker. Manche verschweigen, beschönigen, sprechen halbherzig von Irrtümern. Damit entsteht ein Misstrauen, das zerstörerisch sein kann.

Deshalb nehmen jetzt, 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution, viele Kommunalparlamente im Land Brandenburg doch noch die Chance wahr, wie der Landtag ja auch, sich einer Überprüfung auf Mitarbeit bei der Staatssicherheit zu stellen.

An den vielen Anfragen und Bitte um Unterstützung, die uns erreichen, wird der Wille deutlich, die Zeit des Schweigens zu beenden und die Auseinandersetzung über die Verstrickungen und Verantwortung Einzelner zu führen. Unbefriedigend dabei bleibt, dass sich die Überprüfungen nur auf die Stasitätigkeit beziehen und die verantwortliche Beteiligung an den Herrschaftsstrukturen der SBZ und DDR weitgehend ausgeblendet werden. Aber vielleicht kommen durch die allgemeine Belebung des Vergangenheitsdiskurses auch die anderen Funktionsträgerschaften in den Blick und

veranlassen die Wähler, die Kandidaten auch nach direkter politischer Verantwortlichkeit zu befragen.

Ich wurde eingeladen, in verschiedenen Überprüfungskommissionen der Kreise, Städte und Gemeinden direkt mitzuwirken. Das ist mir nicht möglich. Meine Behörde steht jedoch als Beratungspartner für die Kommunen selbstverständlich zur Verfügung.

Ob die Mitverantwortung an einem menschenrechtsverachtenden System jemanden für heutige politische Ämter oder Mandate disqualifiziert, entscheidet die Bevölkerung. Voraussetzung dafür ist die differenzierte Aufarbeitung, die Kenntnis der Herrschaftsmechanismen im sogenannten Realsozialismus und die Entscheidungsspielräume des Einzelnen in der Diktatur. Meine Behörde strebt eine gute Zusammenarbeit mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen an und wird auch die Initiativen und Verbände unterstützen, die sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen. Für besonders wichtig halte ich die historische Aufarbeitung, die im örtlichen Lebensumfeld ansetzt und mehrere Generationen einbezieht.

Viele Kapitel der DDR-Geschichte bezogen auf das Land Brandenburg sind noch unbearbeitet. Ich denke z. B. an die Dichte der Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe hier, die sich aus der Nähe zu Berlin ergab. Menschen, die als Kinder und Jugendliche in diesen Einrichtungen leben mussten, wenden sich zunehmend an uns, um über die z. T. entwürdigenden oder persönlichkeitsverletzenden Erziehungsmethoden sprechen zu können. Dies lohnt eine systematische Aufarbeitung, der wir uns zuwenden wollen. Wir hoffen dabei auf die Unterstützung z. B. durch das ZZF, den Forschungsverbund SED-Staat an der FU, der Forschungsabteilung der BStU und der Robert-Havemann-Gesellschaft.

Eingangs sprach ich davon, dass ich bisher von der Landesregierung und dem Landtag alle notwendige Unterstützung bekommen habe. Dazu zählt auch, dass die finanziellen Voraussetzungen für eine sinnvolle und erfolgreiche Arbeit im Haushaltsplan verankert sind, mir ausreichend Stellen für Mitarbeiter zugesichert wurden und das Amt seit Kurzem dem Landtagspräsidenten untersteht.

Zudem habe ich die Zusage, dass wir bald von unserem derzeitigen Bürostandort in der Steinstraße am Standrand in die Innenstadt umsiedeln dürfen. Eine zentrale Lage ist ziemlich wichtig, um für alle Menschen, besonders diejenigen mit gesundheitlichen Folgeschäden, gut erreichbar zu sein.

Seit Januar hat der Behördenaufbau mit zunächst einer Mitarbeiterin, Frau Silvana Hilliger, begonnen. Mit engagierter Unterstützung zuerst durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, dann durch den Landtag arbeiten wir nun daran, eine arbeitsfähige Behörde zu schaffen.

Um die Beratungsdefizite im Land Brandenburg möglichst schnell zu verringern, war einer der ersten Schritte, zwei freie Mitarbeiter in den Aufbaustab aufzunehmen, Petra Morawe und Reinhard Schult. Sie haben sofort mit ihrer Arbeit begonnen. Seit dem 1. März steht allen Bürgerinnen und Bürgern unser Beratungsangebot zur Verfügung. Betroffene können hier u. a. Unterstützung bei ihren Rehabilitationsansprüchen erhalten und psychosoziale Hilfe vermittelt bekommen. Im April werden weitere Ausschreibungen erfolgen. Bis wir voll arbeitsfähig sind, wird es wohl noch eine Weile dauern.

Ich hoffe, wir können wenigstens einen Teil der viel zu hohen Erwartungen erfüllen. Ich möchte Ihnen allen danken, dass Sie zu meiner Amtseinführung gekommen sind. Es macht Mut zu wissen, dass viele an einem Strang ziehen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und jetzt erst einmal darauf, mit Ihnen anzustoßen.